

REDE

zum Haushalt



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Beigeordneter Jens Seidel

- zum Haushalt 2016 der Landeshauptstadt Hannover und
- zum Haushaltssicherungskonzept 2015 bis 2018 (HSK IX+)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Ratsvorsitzender,

sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Politik hat einen unmittelbaren Einfluss auf das Leben der Einwohnerinnen und Einwohner in der Kommune. Sie darf sich demnach nicht über ihre Köpfe hinwegsetzen und nur ihrer ideologischer Parteausrichtung folgen, sondern muss sich für die Menschen vor Ort einsetzen, ihre Forderungen und Wünsche mit dem Ziel einer gemeinsamen Zukunftsgestaltung aufnehmen und umsetzen. Die Verantwortlichen – also wir - haben an dieser Stelle einen Spagat zu meistern: die Bedürfnisse der heutigen Bevölkerung müssen mit der Entwicklung der Stadt und mit den Vorstellungen künftiger Generationen genau abgewogen werden, um nachhaltig zu handeln. Hohe Lebensqualität für die Bevölkerung und attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen sichern letztendlich die Wettbewerbsfähigkeit und Überlebensfähigkeit unserer Stadt Hannover.

Doch wie sieht der dazugehörige finanzielle Rahmen in unserer Stadt aus? Den müssen wir kennen, wenn wir nachhaltig handeln wollen. Dazu schauen wir uns erstmal unsere Verbindlichkeiten an.

Zu Beginn des Jahres 2015 lag der Schuldenstand der Stadt **bei 1 Milliarde 881 Millionen 221 Tausend** Euro. Nach allem was wir bisher wissen – und da sind noch ein paar Unbekannte dabei – wird sich der Schuldenstand zu Beginn des Jahres 2016 auf **1 Milliarde 988 Millionen 296 Tausend** Euro erhöht haben. Das heißt für die Netto Neuverschuldung in 2015 einen Betrag von **107 Millionen** Euro oder anders ausgedrückt: pro Kopf haben Sie – meine Damen und Herren von Rot-Grün – in diesem Jahr jeder Einwohnerin und jedem Einwohner (533.541) dieser Stadt einen Betrag von 200,54 Euro ZUSÄTZLICH an Schulden aufgebürdet!

Wir starten also zum 01.01.2016 mit einer Summe von noch unter zwei Milliarden Euro Schulden. Doch wie sieht das aus, wenn wir uns ein Jahr weiter bewegen – wie hoch werden die Schulden dieser Stadt sein, wenn wir am Ende des Jahres 2016 sein werden? Dann haben sie es geschafft – und dazu beglückwünsche ich sie recht herzlich – dieser Stadt Schulden in Höhe von **2 Milliarden 97 Millionen 296 Tausend Euro** aufzubürden. Eine unglaubliche Leistung!

Der Kämmerer sprach in seiner Haushaltsrede von einer Netto Neuverschuldung in Höhe von 109 Millionen im Jahre 2016. Oder anders ausgedrückt – neue Schulden pro Kopf in Höhe von 204,30 Euro in 2016.

Ich kann also feststellen, dass in den Jahren **2015 & 2016 neue Schulden in Höhe von 404,84 Euro pro Kopf** in dieser Stadt gemacht wurden bzw. noch gemacht werden. Ich finde, das ist eine beachtliche Zahl, die allein von Rot-Grün in dieser Stadt zu verantworten ist! In seiner Rede am 10. September 2015 sprach Oberbürgermeister Schostok von „...nachhaltiger Finanzpolitik, insbesondere bei den derzeitigen Zinsen...“. Ich frage mich vor diesem Ergebnis: mehr als **400 Euro neuen Schulden pro Kopf**, was ist am Schulden machen denn nachhaltig – außer dass es am Ende andere bezahlen müssen.

Und wenn wir schon dabei sind, uns die Zahlen unseres Haushalts genauer anzuschauen: so finden wir derzeit niedrige Zinsen; man kann dies Zinsniveau als historisch tief bezeichnen; was machen die Verantwortlichen unserer Stadt eigentlich, wenn die Zinsen wieder steigen?

Nur zur Erläuterung – falls der ein oder andere nicht ganz mit den Zahlen unseres Haushalts vertraut sein sollte - im Jahr 2015 zahlt die Stadt Zinsen in Höhe von **66 Millionen** Euro; in 2016 kommen nochmals **61 Millionen** Euro Zinsen hinzu. Heißt im Klartext **127 Millionen Euro Zinszahlungen**; oder besser ausgedrückt pro Kopf: **238,03 Euro**.

Rechnet man neue Schulden mit den Zinsen in dieser Stadt zusammen, so macht das einen Betrag von **642,87 Euro pro Kopf** allein in den Jahren 2015 & 2016. Und das nennen Sie nachhaltige Finanzpolitik? Für mich sind diese Zahlen Ausdruck der Sprachlosigkeit auf die Anforderungen der Zukunft. Sie sind weder innovativ, noch nachhaltig oder gar zukunftsweisend.

Ich frage mich, wo sind denn eigentlich Ihre Ideen für eine nachhaltige Finanzpolitik. Was haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten eigentlich zum Thema „Haushaltskonsolidierung“ und „nachhaltiges, wirtschaftliches Handeln“ von unserer rot-grünen Ratsmehrheit gehört? Nicht nur ich erwarte von den Mehrheitsfraktionen in diesem Hause die Vorlage von Vorschlägen zu einer nachhaltigen und gerechten Finanzpolitik. Vielmehr erwarten es vor allem die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt, wie sie mit ihren Steuern und Abgaben umgehen. Davon sind sie mit ihren Vorschlägen allerdings meilenweit entfernt.

Ganz im Gegensatz zu uns; wir schlagen Ihnen heute vor, Einsparungen im Haushalt vorzunehmen. Noch haben Sie die Gelegenheit zu beweisen, dass Sie es wirklich ernst meinen mit nachhaltiger Finanzpolitik. Lassen Sie uns darauf verzichten, eine Radschnellwegeverbindung zwischen der Innenstadt und der Wasserstadt Limmer zu bauen und sparen Sie die 4,85 Mio. € ein.

Genauso würde es von finanzieller Kompetenz zeugen, wenn Sie die Mittel für die Umgestaltung des Marstalls in Höhe von 3,7 Mio. € einsparen würden und unserem Antrag folgen könnten. Schließlich geht es an dieser Stelle der Stadt nicht nur um einen wesentlichen finanziellen Beitrag, sondern dort sind Parkplätze vorhanden, die für die Volkshochschule in Zukunft mit Sicherheit benötigt werden. Und zum anderen will die Verwaltung dort auch die Verkehrsführung ändern. Die Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr sind noch gar nicht absehbar und schon stehen sie mit dem nächsten Projekt vor der Tür – der Bebauung des Steintorplatzes.

Wenn ich die Presse der vergangenen Tage richtig verfolgt habe, hat die Verwaltung das Grundstück „Steintorplatz“ einem Investor zur Anhandgabe gegeben. Also, ein Platz der mitten im Herzen der Innenstadt liegt und bebaut werden soll, wird von nur einem einzigen Investor begehrt? Entweder ist der Platz für die Bebauung gar nicht so begehrenswert wie es uns bisher dargestellt wurde oder die Rahmenbedingungen sind bei weitem nicht so positiv zu beurteilen, wie Sie uns glauben machen wollen. Oder verfolgen Sie gar ein ganz anderes Ziel mit der Bebauung des Steintorplatzes? Geht es vielleicht vielmehr darum die technische Lösung der D-Linie in Hannover endgültig zu verhindern?

Meine Damen und Herren von den Mehrheitsfraktionen, und insbesondere der SPD; ich bin tief enttäuscht, dass Sie nach vielen Jahrzehnten des Konsens zur Entwicklung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Hannover nunmehr mit ihren Beschlüssen einen anderen Weg beschreiten. Es bestand seit fast einem halben Jahrhundert Einigkeit darin, das hannoversche Tunnelsystem mit vier Linien zu Ende zu bauen und – sofern es die finanziellen Rahmenbedingungen zulassen – den D-Tunnel zu bauen. Leider haben Sie sich

von diesem Konsens verabschiedet und lassen nun eine oberirdische Linienführung bauen, die noch mehr Probleme in der hannoverschen Innenstadt verursacht als derzeit schon vorhanden sind. Ich nenne an dieser Stelle den Kreuzungsbereich Kurt-Schumacher-Straße vor dem Bahnhof. Schon heute gibt es hier massive Probleme mit den Fußgängern, und dies wird sich noch verstärken, wenn sich die Bahn zukünftig um die Ecke quälen muss.

Aber es gibt noch einen weiteren Punkt, der mich an dieser Stelle aufregt. Der Oberbürgermeister und der Kämmerer sprachen in ihren Haushaltsreden von finanzieller Nachhaltigkeit - ich erwähnte dies schon an anderer Stelle. Wie sieht es eigentlich mit ihrer Nachhaltigkeit der bisher getätigten Investitionen unserer Vorgänger im Rat aus? Wie erklären Sie eigentlich den Menschen, dass die damals zusätzlich aufgebrachten Baukosten unterhalb des Ihme-Zentrums, des Steintors und des Hauptbahnhofs nun ein für alle Mal im wahrsten Sinne des Wortes „verbaut“ wurden? Scheinbar soll hier ein für alle Mal mit einer Bebauung dafür gesorgt werden, dass die D Linie endgültig technisch nicht mehr gebaut werden kann. Und dabei gibt es aus stadtentwicklungspolitischer Sicht sicher Handlungsbedarf in diesem Quartier. Der Bereich um die Nordmannpassage herum bedürfte dringend einer städtebaulichen Aufwertung und auch die Verkehrsführung für den Individualverkehr benötigt Verbesserungen.

Aber das ist ja ein ganz besonderes Thema in unserer Stadt: der motorisierte Individualverkehr und die rot-grüne Ratsmehrheit.

Auch bei diesem Thema ist Jahr für Jahr deutlicher festzustellen, dass Autos in Ihren Augen etwas „schlechtes“ sind und die Menschen in unserer Stadt darauf verzichten sollten. Besonders deutlich wird dies an ihren verkehrslenkerischen Maßnahmen. Seit Jahren verhindern Sie eine sinnvolle Ampelschaltung auf den Hauptverkehrsstraßen und damit eine Verstetigung des Verkehrs. Die neuste Errungenschaft ist Ihr Vorschlag, den Cityring zwischen Aegidientorplatz und Königsworther Platz um eine Fahrspur zu verringern. Damit legen Sie die Axt an das innerstädtische Verkehrssystem und zeigen deutlich, was sie von dem motorisierten Verkehr in Hannover eigentlich halten.

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, als Sie vor knapp zehn Jahren mit dem Gedanken spielten, die Raschplatzhochstraße abzureißen. Damals wollten Sie im östlichen Bereich des Cityrings den Verkehr behindern. Leider wurde aus diesem Vorschlag Ihrerseits aus technischen Gründen nichts und nun kommen Sie also mit einem Vorschlag im westlichen Bereich des Cityrings. Das passt dazu, dass Sie schon die Busspur entfernt haben. Was haben Sie eigentlich gegen das Auto und den privaten motorisierten Individualverkehr?

Im Entwurf zum Programm „Mein Hannover 2030“ heißt es zwischen Aegidientorplatz und Brühlstraße soll der Cityring „durch eine Reduzierung von Fahrspuren“ zu einem Boulevard umgebaut werden und damit eine „Reparatur der autogerechten Stadt“ ermöglicht werden.

Aufgrund der Untersuchungen für den Planungsprozess „Hannover City 2020+“ durch Prof. Wolfgang Haller (SHP Ingenieure Hannover) sei belegt, dass „die heutige Leistungsfähigkeit für den Autoverkehr erhalten bleibt“.

Die heutige Leistungsfähigkeit ist aber in Zeiten des Berufsverkehrs stark eingeschränkt, was zu langen Staus führt. Grundsätzlich kommt es in beiden Richtungen Am Leineufer und auf dem Friedrichswall an den Kreuzungen Goethestraße, Friederikenplatz, Karmarschstraße und Osterstraße zu Stauungen.

Ziel dieses Vorhabens ist die Schaffung von mehr Platz für Fußgänger, Radfahrer und Wohnkultur zum Nachteil für den motorisierten Individualverkehr. Dabei ist am Friedrichswall durch den umgebauten Trammplatz und auch gegenüber durch den Wegfall des Tunnels sowie am Leineufer ausreichend Platz für dort flanierende Fußgänger und eilige Radfahrer.

Durch einen Rückbau von sechs auf vier Fahrspuren für den MIV wird es in dem Bereich auf allen Strecken zu Staus kommen mit der Folge, dass die wartenden Autos mit ihren Abgasen das Umweltklima schädigen.

Dabei liegt die Lösung für das oben geschilderte Problem doch an einer ganz anderen Stelle auf der Hand: warum lassen Sie uns nicht gemeinsam Hannover zur Hauptstadt der Elektromobilität ausbauen? Mit der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg haben wir das richtige Mittel in der Hand, um uns als Hauptstadt für die Elektromobilität zu positionieren. Daneben ist Hannover Zentrum für viele Unternehmen der Automobilindustrie. Wenn wir gemeinsam an dieser Stelle mit Wirtschaftsförderung, der Metropolregion, unseren Universitäten und den entsprechenden Unternehmen ein Bündnis gründen, um diese Technik voranzutreiben, dann könnten wir mit einer fortschrittlichen Verkehrspolitik auch die motorisierten Individualverkehr zukünftig in unserer Innenstadt belassen.

In seiner Rede am 10. September hat Oberbürgermeister Schostok schließlich betont, wie stolz man auf die Spitzenposition großer Unternehmen in Hannover sei. Er freute sich, dass die Globalplayer mit steigenden Gewinnen, wie zum Beispiel die Continental AG oder VWN in unserer Stadt ansässig sind. Und dabei muss ich unserem OB Recht geben: das Thema VW ist von wesentlicher Bedeutung für unsere Stadt. Auch wenn's der eine oder andere noch nicht gemerkt haben sollte; VWN ist der größte Arbeitgeber in unserer Stadt. Wenn wir uns also einig sind, wie bedeutend VW für unser Hannover ist, dann stellt sich für mich die Frage, warum die neu gegründete Holding der LKW Sparte des VW Konzern in Braunschweig angesiedelt wird und eben nicht in Hannover?

Bereits im Mai 2015 haben Medien landauf landab berichtet, dass der VW Konzern die Lastwagen-Holding nutzen will, um bislang brachliegende Synergien zwischen seinen Lastwagen-Töchtern zu nutzen. Und im August hieß es, diese Holding mit **100 neuen UND hochwertigen Arbeitsplätzen** findet ihre Ansiedlung in Hannover. Man wunderte sich dann schon, als im September verkündet wurde, dass Braunschweig – bisher wenig bekannt für die LKW Sparte bei VW – den Zuschlag erhielt. Was haben Oberbürgermeister und Wirtschaftsdezernentin denn unternommen, um dafür zu sorgen, dass diese neu gegründete Holding in Hannover ihren Stammsitz haben wird? Es ist schon verwunderlich, dass VW für den Sitz der Holding **eben gerade nicht** Hannover wählt, sondern die Nachbarstadt im Osten Niedersachsens.

Apropos Volkswagen; ein Thema, das derzeit andauernd weltweit für Aufmerksamkeit sorgt und bisher noch nicht absehbare finanzielle Folgen für die betroffenen Kommunen zeigt. Die Stadt Wolfsburg hat kurzfristig eine Haushaltssperre erlassen, auch Braunschweig hat das getan. In Emden hat der dortige Stadtkämmerer angekündigt, die

mittelfristige Finanzplanung später als ursprünglich angedacht in den Rat einzubringen und zu entscheiden. Und was passiert in Hannover? Nichts.

Das in einer Situation, in der noch völlig unklar ist, wie hoch die Zahlungen sind, die auf den VW-Konzern zukommen. Kunden und Aktionäre wollen Entschädigung, Staaten kündigen Strafen an und fordern Steuernachzahlungen. Also eines ist klar: Die Summe dürfte gewaltig sein. Das trifft nicht nur den Konzern selbst und die Mitarbeiter, sondern auch Zulieferer, gesponserte Vereine und die VW-Städte - und damit auch Hannover. Wir wären gut beraten, wenn uns die Verwaltung **schnellstens** verschiedene Szenarien aufzeigt, wie sich die finanzielle Entwicklung unserer Stadt unter den Vorzeichen dieser Krise darstellen lässt. Wir können und dürfen diese Lage nicht auf die leichte Schulter nehmen und so tun als würde das überhaupt keine Auswirkungen auf unsere Stadtfinanzen haben.

Meine Damen und Herren, unsere vordringlichen Herausforderungen sind neben soliden Stadtfinanzen die sich verändernde Stadtgesellschaft.

Ich zitiere den Immobilienexperten Michael Schier zu einer Umfrage wie Menschen in Zukunft leben möchten. Aus der Umfrage lässt sich der Wunsch ableiten, dass diejenigen, die gegenwärtig in einer Großstadt leben, dort auch alt werden möchten.

Die Studie prognostiziert, dass der Wohnraum pro Person von heute durchschnittlich 46m² auf 52m² im Jahre 2030 wachsen wird. Das heißt also, dass wir – nur ausgehend von den heutigen Einwohnerzahlen (553.541) - einen Bedarf von 3.201.246 m² bis 2030 haben. Das entspricht vielen tausend Wohnungen zusätzlich bis 2030. Dabei sind vollkommen unberücksichtigt die Zuwanderung aufgrund der Flüchtlinge, der Zuzug der Generation Ü60 aus dem Umland und die steigenden Studentenzahlen.

Wir haben gerade vom Geschäftsführer des Studentenwerks Eberhard Hoffmann einen Hilferuf erhalten, was die Unterbringung von Studenten in Hannover angeht. Die Versorgungsquote in Hannover sinke auf ein historisches Tief: Aktuell könnten nur 6,1 Prozent der Studierenden einen Platz im Wohnheim bekommen (bundesweit 9,9 Prozent). Besonders hart treffe der Mangel Studienanfänger aus dem Ausland. Nach 2011/2012 und 2013 sei es nun erneut erforderlich, für den dringend gebotenen Ausbau und Erhalt des Wohnheimbestands in der Landeshauptstadt die Studierenden zur Kasse zu bitten.

Und was machen sie heute? Sie stellen einen Änderungsantrag und geben 1,25 Mio. € mehr Geld für den Wohnungsbau insgesamt. Haben sie mal nachgerechnet, wie viel Quadratmeter Wohnraum sie damit zusätzlich schaffen? Ich sag es Ihnen: es sind rd. 700 m². Also mit ganz viel Glück: bauen Sie ein ganzes Mehrfamilienhaus mehr. Und das sind ihre Antworten zur Wohnungsknappheit in unserer Stadt?

Ich will sie gar nicht weiter langweilen mit Zahlen aus der Realität. Das sind meistens Dinge, die nicht in ihr Weltbild in diesem Ratssaal passen, aber bitte nehmen sie eins zur Kenntnis: **wir brauchen einen schnellen und besseren Konsens** zur Wohnungsbauförderung in unserer Stadt als in der Vergangenheit.

Denn wir brauchen jährlich bis zu 4.000 Wohnungen zusätzlich! Und seien Sie mal fortschrittlich, innovativ und weit blickend wie ihre Vorgänger in diesem Ratssaal und lassen sie uns gemeinsam darüber reden, wie wir die aufgeblähten Standards im Wohnungsbau zeitnah senken können. Damit würden wir nämlich die richtigen Anreize

setzen, um Investoren in die Stadt zu locken oder gar finanzkräftige Anleger in unserer Stadt zu überzeugen, mehr zu bauen.

Hören Sie endlich auf, zu beklagen, was auf dem Wohnungsmarkt in Hannover los ist, sondern zeigen Sie den Menschen in Hannover, dass sie **lösungsorientiert** arbeiten und handeln wollen in der Zukunft. Das ist eine der kommenden und drängenden Fragen für ein sozial gerechtes Zusammenleben in unserer Stadt. Hören Sie auf so zu tun, als könnten sie mit GBH und Union Boden die Herausforderungen des städtischen Wohnungsmarkts in den Griff kriegen. Das wird nicht gelingen! Wir brauchen dazu die private Wohnungswirtschaft im besonderen Maße in einer besonderen Kraftanstrengung und darum biete ich Ihnen – heute zum wiederholten Male – an: lassen Sie uns schnellstens über neue Standards im Bauen in unserer Stadt reden. Anders wird es uns nicht gelingen, den Bedarf an preisgünstigen Wohnraum in unserer Stadt mittel- und langfristig zu decken. Nur durch ein solches Handeln kann verhindert werden, dass verschiedene soziale Gruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Wenn es uns endlich gelingen würde, die finanzielle Situation langfristig zu verbessern, dann bräuchten wir heute nicht das zehnte Haushaltskonsolidierungsprogramm zu beschließen. Auch wenn es den schönen Namen 9+ trägt, so ist es seit 1994 das zehnte Sparprogramm. Während wir in der Vergangenheit als Rat der Stadt ein detailliertes Programm zur Beschlussfassung vorgelegt bekamen, so ist es heute nur noch eine Zusammenfassung.

Und dabei geht es doch im Wesentlichen um einen Punkt in diesem HSK 9+; die Erhöhung der Gewerbesteuer um weitere 24 Millionen €. Das muss ich Ihnen lassen, mit Steuererhöhungen und Abgabenerhöhung kennen Sie sich nun wirklich aus.

Ich erinnere an die letzten Jahre; was wurde da nicht alles beschlossen. Die Grundsteuer stieg von 530 auf 600 Punkte, die Vergnügungssteuer von 12% auf zunächst 18%, aber da geht noch was: nun haben wir 20 %. Die Parkgebühren sind regelmäßig dabei; egal ob Handyparken oder Münzeinwurf. Die Gebühren für den Weihnachtsmarkt, die Wochenmärkte und die Bauernmärkte nicht zu vergessen. Alles Mehreinnahmen der vergangenen Jahre und nun legen Sie nochmals richtig einen drauf mit der Erhöhung der Gewerbesteuer! Hören Sie auf den Menschen und den Unternehmen in dieser Stadt immer nur in die Tasche zu fassen und machen Sie endlich Ihre Arbeit! Denn Sie wissen genau: **wir haben in dieser Stadt kein Einnahmeproblem sondern ein Ausgabenproblem!**

Und wenn man sich das HSK9+ ganz genau anschaut, dann sieht man das auch. Wie sollen durch die Einbringung des Doppelhaushalts 17/18 denn 10 Mio. € eingespart werden? Sind das die Personalstunden im Vorfeld, die in der Kämmerei aufgewendet werden müssen? Oder sind das die Druckkosten für die gebundenen Exemplare der Ratsmitglieder? So richtig erschließt sich mir diese Einsparposition nicht.

Zitat: „Mit diesem Haushaltssicherungskonzept IX und gerade ergänzt durch HSK IX+ soll der Einstieg in eine wirkungsvolle Aufgabenkritik eingeleitet werden.“ Da stellt sich die Frage, warum soll erst mit diesem Programm der Einstieg in eine Aufgabenkritik erfolgen? Ist es nicht vielmehr an der Zeit, wie andere große Städte ebenfalls, jährlich mit Vorlage des Haushalts eine Aufgabenkritik vorzulegen? Aus unserer Sicht ist eine Aufgabenkritik umso notwendiger, je mehr solche Drucksachen wie die Verschärfung der Baumschutzsatzung vorgelegt werden. An diesen Stellen gibt es noch viel Potential für eine wirkungsvollere Verwaltungsarbeit.

Und meine Damen und Herren, dieses Personal brauchen wir dringend für die dringendste aktuelle Frage: die Frage der Flüchtlingsunterbringung und der Integration der Menschen, die eine Bleibeperspektive erhalten. Schon im Jahr 2013 habe ich in meiner damaligen Haushaltsrede ein Konzept zur Unterbringung von damals 1000 Menschen gefordert. Seitdem sind mehr als dreimal so viele Menschen zu uns gekommen und die Situation ist nur durch den Einsatz von hauptamtlichen Kräften der Stadt Hannover und unglaublich viel ehrenamtliches Engagement nicht außer Kontrolle geraten. Ich möchte mich im Namen der CDU Fraktion ausdrücklich bei allen Menschen in Hannover bedanken, die an dieser Kraftanstrengung mitgewirkt haben und noch mitwirken.

Doch die Frage von damals steht weiter im Raum: wie soll es in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen? Wie wollen wir die Menschen dauerhaft unterbringen, die zurzeit in Flüchtlingsunterkünften, Baumärkten und Messehallen über den Winter kommen? Wo sollen die Menschen hin? Wie bringen wir die deutsche Sprache bei?

Dies sind die wichtigen Fragen im Moment und ehrlich gesagt; ich vermisse die Antworten aus Ihren Reihen. Wir haben keine Zeit, um die Antworten auf diese dringenden Fragen auf die lange Bank zu schieben: die Menschen sind hier und sie brauchen eine Perspektive.

In diesem Sinne liegen schwierige, aber lösbare Aufgaben 2016 vor uns.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

17. Dezember 2015